

ge Union des Landes sprach sich erst kürzlich klar dagegen aus. »Mich ärgert, dass in der bildungspolitischen Diskussion manchmal so getan wird, als müssten Studiengebühren wie selbstverständlich kommen«, sagt Marian Zachow, hochschulpolitischer Sprecher des hessischen CDU-Nachwuchses. Der Wiesbadener Ministerpräsident Roland Koch selbst spricht sich für allgemeine Studiengebühren aus. Da mit Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen die vier größten Nachbarländer das Bezahlstudium einführen werden, gerät auch das kleinere Hessen in Zugzwang. Zwar kann Koch bis vor den Hessischen Staatsgerichtshof ziehen, um das Gebührenverbot zu kip-

»Gebühren sind falsch«

Interview mit Jochen Dahm, 24, dem Sprecher des Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren, über die **Proteste** gegen die Einführung der Campus-Maut



Kämpft gegen Eintrittsgeld: Jochen Dahm

pen. Doch selbst in diesem Fall dürfte das Studium in Marburg, Gießen oder Frankfurt noch mindestens bis 2009 kostenfrei bleiben. Die Gebührengegner hoffen, dass sich eine Entscheidung möglichst lange hinzieht. »Nach einigen Jahren wird man auch in anderen Bundesländern feststellen, dass Studiengebühren nicht wirklich zu besseren Hochschulen führen«, sagt JU-Mann Zachow. »Sie sind außerdem ein echter Nachteil im Wettbewerb um die besten Köpfe.«

In Nordrhein-Westfalen dagegen sind allgemeine Akademikerabgaben bereits beschlossene Sache: Die schwarz-gelbe Landesregierung überlässt den einzelnen Hochschulen die Ausgestaltung der

UniSPIEGEL: Herr Dahm, glauben Sie wirklich, dass allgemeine Studiengebühren noch verhindert werden können?

Dahm: Bisher haben nur 6 von 16 Bundesländern konkrete Beschlüsse gefasst, sonst ist noch alles offen. Und selbst da, wo bereits entschieden wurde, können die Pläne rückgängig gemacht werden. Zum Beispiel, wenn bei der nächsten Landtagswahl eine Mehrheit gewählt wird, die sich gegen Studiengebühren stellt. In einigen Jahren wird sich zeigen, dass diejenigen Länder besser fahren, die heute gegen Gebühren sind.

UniSPIEGEL: Dennoch werden die meisten deutschen Studenten schon bald zahlen müssen. Wofür kämpfen Sie noch?

Dahm: Es gibt keinen Automatismus nach dem Motto: Wenn einer was beschließt, müssen alle folgen. Studiengebühren sind falsch, weil sie zu sinkenden Studentenzahlen führen, ökonomisch verwertbare Studiengänge einseitig pushen und die soziale Ungerechtigkeit verstärken. Dabei bleiben wir.

UniSPIEGEL: Zu den Protestaktionen sind nicht besonders viele Studenten gekommen.

Dahm: Wir hätten uns selbst mehr Beteiligung gewünscht, eine neue Studentenrevolte ist nun sicher nicht entstanden. Schuld daran ist aber auch die Durchsetzungsstrategie der Länder. Uns wurde zu oft vorgebetet, dass wir Studiengebühren brauchen. Außerdem hat man suggeriert, dass die Sache schon längst entschieden sei.

UniSPIEGEL: Wird es im neuen Semester weitere Aktionen geben?

Dahm: Ich erhoffe mir wirklich einen heißen Sommer. Wir werden große Demonstrationen organisieren und vielfältige Aktionen starten. Ob nun Gebühren kommen oder nicht: Wir wollen ein Zeichen setzen. Die parlamentarischen Mehrheiten sind eben in einigen Ländern gegen uns. Deswegen gehen wir auf die Straße und wollen zeigen, dass die gesellschaftlichen Mehrheiten anders liegen.

UniSPIEGEL: Können Sie sich vorstellen, notfalls mit den Landesregierungen zusammenzuarbeiten, um die Gebührenmodelle sozialer zu gestalten?

Dahm: Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren wird von seiner kritischen Haltung nicht abrücken. Wir werden den Ländern nicht dabei helfen, Gebühren einzuführen. Wer solche Pläne hat, muss schon selbst wissen, wie man sie am besten umsetzt.

INTERVIEW: SEBASTIAN CHRIST